



EU-Gaspaket jetzt umsetzen:

Wärmewende in Kommunen ermöglichen!

15.3.2025

Sehr geehrte...

mehr als ein Drittel der deutschen Kommunen arbeitet bereits an der kommunalen Wärmeplanung und macht sich auf den Weg zu einer klimafreundlichen Wärmeversorgung. Schon jetzt ist klar, dass klimaschädliches Erdgas dabei perspektivisch keine Rolle mehr spielt. Gas wird vielmehr zu einer Kostenfalle - für Verbraucher:innen, aber auch Netzbetreiber. Dennoch gibt es für Kommunen aktuell keine rechtssichere Möglichkeit, nicht mehr rentable Gasnetze stillzulegen.

In einigen Städten (z.B. Hannover, Augsburg, Mannheim, Stuttgart) haben Verantwortliche den Ausstieg aus der Gasversorgung schon öffentlich angekündigt. Die Städte machen ihre Pläne jetzt publik, damit Bürger:innen ausreichend Zeit haben, sich auf einen Heizungstausch vorzubereiten. Sie wollen die Verbraucher:innen vor Fehlinvestitionen und steigenden Gaskosten schützen, indem sie die Gasnetze geplant und Schritt für Schritt stilllegen. Bisher fehlen den Gasnetzbetreibern und Städten aber gesetzliche Regelungen, um die Abkehr vom Gas in der Wärmeversorgung organisieren zu können. Damit sie handeln können, brauchen sie einen rechtlichen Rahmen von der Bundesregierung.

Die EU hat im 2024 beschlossenen „Gaspaket“ bereits Richtlinien aufgestellt, die Deutschland bis spätestens Mitte 2026 in nationales Recht übersetzen muss. Auch Deutschland hat den Richtlinien zugestimmt. Die Vorgaben enthalten wichtige Leitplanken, die eine geordnete Stilllegung der Gasnetze ermöglichen. Die Zeit drängt – je länger die Bundesregierung die rechtliche Unsicherheit beibehält, desto teurer wird der Prozess für alle Beteiligten.

„Die Bundesregierung sollte Kommunen bei der Stilllegung der Erdgasnetze unterstützen.“

Prof. Dr. Claudia Kemfert



Foto: © Oliver Betke, Berlin 2022

Wir, mehr als XYZ Umweltverbände und zivilgesellschaftliche Akteure aus den Kommunen, appellieren an Sie: Ermöglichen Sie den Gasnetzbetreibern und Kommunen eine gut geplante, schrittweise Stilllegung ihrer Gasnetze. Setzen Sie die Vorgaben aus dem EU-Gaspaket schon zu Beginn der Legislaturperiode um und treffen Sie dabei die folgenden Regelungen:

Sorgen Sie dafür, dass ...

- neue Investitionen in den Ausbau von Gasverteilnetzen verhindert werden
- Gasnetzbetreiber von der Pflicht befreit werden, neue Gasanschlüsse vornehmen zu müssen und Gasanschlüsse unter Einhaltung fairer Fristen kündigen dürfen
- betroffene Haushalte frühestmöglich vom Netzbetreiber oder der Kommune über die Pläne informiert werden
- alle deutschen Gasverteilnetzbetreiber die Stilllegung ihrer Netze planen und dabei die kommunale Wärmeplanung berücksichtigen müssen
- Netzbetreiber bei ihren Kund:innen nicht mehr für den Einbau von Gasheizungen werben dürfen
- Netzkund:innen nicht mehr für die Stilllegung ihres Gasanschlusses bezahlen müssen.

Drei Gründe für eine geordnete Stilllegung von Gasnetzen

Der Betrieb von Gasnetzen wird unrentabel

Expert:innen erwarten, dass viele Gasnetzbetreiber den Betrieb ihrer Netze nach Ablauf der Konzessionsverträge nicht weiterführen möchten, weil dieser unrentabel wird. Kommunen könnten so auf dem unrentablen Betrieb der Netze sitzen bleiben - ein großes finanzielles Risiko. Denn schon heute wechseln immer mehr Menschen zu klimafreundlichen Heizungen oder werden an ein Wärmenetz angeschlossen. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren verstärken. Anstatt abzuwarten, bis der oder die letzte Gaskund:in das Netz verlassen hat, ist es für Netzbetreiber günstiger, Teilabschnitte Schritt für Schritt stillzulegen. So können sie auch verhindern, dass die letzten Gaskund:innen sehr hohe Netzkosten zahlen müssen.

Kostenfallen vermeiden und Bürger:innen Sicherheit geben

Viele Bürger:innen sind aktuell von der emotional geführten Debatte um das "Heizungsgesetz" verunsichert. Der Absatz im Heizungsmarkt ist im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um die Hälfte eingebrochen. Der Ausbau von Fernwärmenetzen geht noch zu langsam voran und die Wärmepumpenbranche muss Fehlinformationen bei Verbraucher:innen kontern. Währenddessen wirbt die Gaslobby offensiv für teure Scheinlösungen wie Wasserstoff und Biomethan – dabei sind diese kaum verfügbar und werden in der Industrie dringender benötigt. In bestehenden Wärmeplänen spielen Wasserstoffnetze zur Versorgung von Haushalten daher fast nie eine Rolle. Gaskund:innen brauchen jetzt dringend eine klare Perspektive und Handlungsempfehlungen von den Verantwortlichen vor Ort.

Die Klimakrise schadet Deutschland schon heute

Im Jahr 2024 lag die weltweite Durchschnittstemperatur erstmals um 1,6 Grad höher als im vorindustriellen Zeitalter. Die Einhaltung der im Pariser Klimaabkommen vereinbarten 1,5-Grad-Grenze rückt damit in weite Ferne. Schon jetzt verstärkt die Klimakrise auch in Deutschland gefährliche Extremwetterereignisse, die z. B. im Ahrtal zu tödlichen Überschwemmungen geführt haben und jährlich Tausende Hitzetote fordern. Die verpflichtende kommunale Wärmeplanung ist ein wichtiger Schritt, um die Emissionen aus dem Gebäudesektor zu senken. Doch noch immer werden in Deutschland mehr als 80 Prozent der Häuser mit fossilen Brennstoffen beheizt. Ungefähr die Hälfte der Haushalte nutzt Erdgas zum Heizen. Bis spätestens 2045 müssen diese Heizungen ersetzt werden.

Daher bitten wir Sie: Geben Sie den Kommunen und Gasnetzbetreibern die Rechtssicherheit, die sie brauchen, um die Wärmewende umzusetzen. Damit sorgen Sie dafür, dass Verantwortliche in den Kommunen Planungssicherheit für ihre Bürger:innen schaffen können.



Umweltinstitut
München e.V.

GREENPEACE



German
Zero



urgewald



Deutsche Umwelthilfe

Power
Shift

EUER
LOGO

EUER
LOGO

EUER
LOGO

EUER
LOGO

EUER
LOGO

EUER
LOGO